

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 11

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Was von den Gerüchten zu halten ist, wonach chinesische Truppen anfangs Mai einige Quadratkilometer sowjetischen Territoriums in Kasachstan besetzt hätten, weiss man nicht. Es kann wahr sein oder auch falsch, verzerrt, übertrieben oder sogar untertrieben. Um es zu wissen, müsste man frei an die Grenze fahren und sich dort nach Belieben umsehen können. Und das kann man nicht.

Indessen weiss man wenigstens, von wo die Gerüchte kommen. Sie kommen aus Moskau. Und da ist wenigstens eines sehr unwahrscheinlich, nämlich dass sie so ganz wider Wissen und Willen der massgebenden Stellen in Umlauf gebracht worden wären. Ein Regime, das etwa die Vorbereitungen zum Sturz Chruschtschews oder zur Besetzung der Tschechoslowakei bis zur Durchführung hatte verheimlichen können, um nur an zwei Hauptbeispiele zu erinnern, ein Regime, das mit der Information völlig nach seinem Belieben umgehen kann, wird sich in der Handhabung militärischer Neuigkeiten nicht so leicht von Gerüchten überspielen lassen. Was immer in Kasachstan passiert oder nicht passiert ist, es waren die Sowjets, welche Meldungen zu diesem Thema wollten, und es waren die Sowjets, welche dazu das Mittel gewählt haben, sie gerüchteweise via Auslandspresse verlauten zu lassen.

Gezielte Indiskretion über tatsächliche oder erfundene Vorfälle hat den praktischen Vorteil, dass sie eine gewünschte psychologische Wirkung erzielt, ohne dass man sich offizieller Weise jetzt schon auf die Behandlung der Sache festlegen müsste. Man kann sich Zeit lassen, die Gerüchte zu dementieren oder zu bestätigen, je nach dem es der vielleicht jetzt noch nicht ersichtliche Vorteil heischen wird. Aber natürlich wäre es für die Ausgangslage nicht

gleichgültig, ob die betreffenden Vorfälle selbst stattgefunden haben oder nicht.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen (z. B. ZB Nr. 7, «Zusammenhänge», und ZB Nr. 10, «Sinkiang und die Mongolei»), dass dort, wo das chinesische Sinkiang an die asiatischen Sowjetrepubliken stösst, die Grenze viel eher «in Bewegung» gebracht werden kann als dort, wo sie dem Amur oder Ussuri entlang verläuft, mit politisch und ethnisch beidseits gefestigtem Hinterland.

Das komische an der Sache ist nur, dass an der Grenze zwischen Sinkiang und Kasachstan viel eher die chinesische Seite vulnerabel erscheint als die sowjetische, wenn man sich freilich auch darüber klar sein muss, dass einem wichtige Indizien schon mangels Informationen völlig fehlen können. Immerhin ist es Sinkiang, das von nationalistischen Unruhen bedroht ist, und nicht Kasachstan. Immerhin sind seit sieben Jahren Flüchtlingsströme aus der chinesischen Provinz in die UdSSR gewandert und nicht umgekehrt. Immerhin wäre es ein sowjetischer Einmarsch in die «Uighurische Autonome Region», welcher mit Aussicht auf Erfolg einen Pufferstaat à la Mongolei schaffen könnte, und nicht ein chinesischer Einmarsch nach Kasachstan.

Und doch hätte nun gerade ein solcher chinesischer Einmarsch stattgefunden, wenigstens ansatzweise. Der Nutzen, den sich China davon versprechen kann, nämlich Unruhe bei den Sowjets gerade im Moment wachzuhalten, da sie schon der internationalen kommunistischen Konferenz wegen Ruhe brauchen, scheint in keinem vernünftigen Verhältnis zum Schaden zu stehen, der den Chinesen ob dieser Provokation erwachsen könnte. Denn damit, einen allfälligen Gegenschlag zu provozieren, der schliesslich mit dem Verlust des strategisch sehr

wichtigen Sinkiang (Versuchungsgelände für Nuklearwaffen, Erdöl- und Uranvorkommen) zur Folge haben könnte, wäre die Genugtuung darüber, die Sowjets wieder einmal gestört zu haben, doch ein bisschen teuer bezahlt. Im übrigen wäre eine Störaktion in Hinblick auf die Moskauer Konferenz sehr viel plausibler in einem propagandistisch gross aufgezogenen Rahmen als in einer von Peking aus völlig verschwiegen behandelten territorialen Provokation.

Umgekehrt ist es viel leichter, sich vorzustellen, dass Moskau falsche oder wenigstens masslos übertriebene Gerüchte in die Welt setzt. Peking wäre als Aggressor wieder einmal blossgestellt, und es wäre keineswegs der schlechteste Schachzug, sich diese Enthüllung «widerwillig entreissen» zu lassen, statt mit dem obligaten grossen und offiziellen Geschrei überall nur Misstrauen zu erwecken. Und Moskau würde sich dabei noch die Möglichkeit offen behalten, es nicht bei der blossen Anprangerung mit indirekten Mitteln bewenden zu lassen. Vielleicht beginnt man mit dem Aufbau der nötigen Vorwände, um dann mit der Rechtfertigung des Angegriffenen die nötigen Vorkehrungen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten Grenze zu treffen. Vorkehrungen, die sich dann auf der chinesischen Seite der Grenze abspielen würden.

Aber, und dieser Einwand lässt sich hören, wenn dem so wäre, warum hat dann China nicht sogleich diese gefährlichen Gerüchte dementiert, wie es auf der Hand liegen würde? Nun, vielleicht gibt es dafür Gründe. Die Gerüchte sind ja nicht in der sowjetischen, sondern in der westlichen Presse erschienen, was Moskau einige Möglichkeiten zu scheinheiligen Erwidierungen geben würde. Und dann ist nicht zu vergessen, dass China grundsätzlich tatsäch-

öbl

Fortsetzung von Seite 5)

nen des Privateigentums wohl möglich geworden, mit schwierigen ökonomischen Problemen der modernen Gesellschaft fertig zu werden, doch essen sich die Probleme des Menschen, des Humanismus und der Demokratie in diesem Gesellschaftssystem nur sehr mangelhaft lösen. Bezüglich der Wirtschaft wird allerdings vermerkt, dass «die Institution des Privateigentums viele ökonomische Probleme gelöst haben, welche die sozialistische Wirtschaft noch nicht bewältigen konnte».

Keine Häresie zur Ausbeutungstheorie

Schliesslich gelangt Löbl zu der für einen kommunistischen Autor wohl nicht alltäglichen Meinung, nicht die Eigentumsverhältnisse an sich seien für die Epoche der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verantwortlich gewesen. Vielmehr sei die Ursache dieses Phänomens beim intellektuellen Niveau des Arbeitsprozesses zu suchen.

Das sind nur einige Gedanken Eugen Löbels. Die Fülle der behandelten Fragen kann allerdings im Rahmen eines Artikels nicht bekanntgemacht werden.

Franz Klim

Unser PRESSE-Kommentar

Ueber den Fall einer Studentenzeitung berichtete der Korrespondent M. S. des «Tages-Anzeigers»: *Ein Gespenst geht um in der braven Zähringerstadt Freiburg: Die Zeitschrift «Spectrum» des Allgemeinen Studentenverbandes «Academia» wird zum Bürgerschreck... Seit der Studentenrat... den Geschichtsstudenten Walter Leiggenner als «Spectrum»-Redaktor gewählt hat, erscheint das Blatt... mit stärkerem Linksdrall. Im Februar stand eine Sondernummer unter dem Motto «Von der Revolte gegen die bourgeoise Universität zur Revolte gegen die bourgeoise Gesellschaft». Solche Töne waren den Verteidigern der bestehenden Ordnung ein Greuel...*

Der Berichterstatter beschreibt dann mit gebührender Ironie die Reaktion der Redaktion in der bourgeoisen Presse (wo die bourgeoisen Redaktoren tatsächlich noch Meinungsfreiheit haben; man sollte das wirklich endlich einmal verbieten) und im Grossen Rat. Und kommt zum Schluss auf die grenzenlose Perfidie der gouvernemental-bourgeoisen Repressionen zu sprechen, nämlich auf eine angekündigte Regierungs-

Der Abonnementsbeitrag für «Spectrum» soll in Zukunft nicht mehr in den Semestergebühren inbegriffen sein... Der Bieler Schriftsteller Jörg Steiner schrieb einst mit bitterer Ironie: «In der Schweiz darf jeder sagen, was er will — wenn er die wirtschaftlichen Folgen tragen kann.»

Tatsächlich. Da erdreistet sich die bourgeoise Gesellschaft doch, eine Zeitschrift nicht mehr mit Zwangsbeiträgen finanzieren zu lassen, bloss weil diese Zeitschrift besagte bourgeoise Gesellschaft stürzen will. Als ob die Studenten, die auf die Zeitung verzichten wollen, sie nicht trotzdem und erst recht bezahlen müssten. Also wirklich, wenn schon die Mehrzahl der Studenten selbst reaktionär ist, ist es nicht dafür ihre minimale Pflicht, die progressive Führerschaft wenigstens finanziell zu unterstützen? Sogar diese Pflichtgebühr wollen die herrschenden Kreise abschaffen. Ja, wenn das so weiter geht, werden sie noch verhindern wollen, dass die richtige progressive Meinung länger obligatorisch ist an den Hochschulen. Das ist doch der Höhepunkt der Unterdrückung. Ein Trost immerhin in dieser Dunkelheit: Unsere grossen Zeitungen haben das skandalöse Vorgehen der bourgeoisen Behörden entlarvt, demaskiert und mit der Waffe des gehobenen Intellektes auf superbe Art satirisch bewusst gemacht. So besteht trotz allem die Hoffnung, dass

lich auf Gebiete der asiatischen Sowjetrepubliken Anspruch erhebt, die es als verlorenen «Grossen Nordwesten» bezeichnet. Ein Dementi bezüglich Uebergriffe auf sowjetisches Territorium würde, wie immer formuliert, in die Nähe einer Anerkennung der bestehenden Grenzen führen, etwas also, was Peking just nicht tun will.

Uebrigens ist es in diesem Zusammenhang recht interessant, sich daran zu erinnern, dass Peking bezüglich der Zwischenfälle auf der Ussuri-Insel Damansk (russisch) oder Tschin Pao (chinesisch) nie etwa bestritten hat, Soldaten auf die Insel geschickt zu haben. Die Hauptsache der sowjetischen Aggression bestand nach chinesischer Darstellung darin, dass die Russen die Insel als eigenes Territorium betrachteten und behandelten, und alle Zwischenfälle auf diesem Eiland waren (abgesehen davon, dass natürlich auch die Versionen über ihr konkretes Entstehen auseinandergingen) per definitionem sowjetische Aggression, weil die Aggression schon in der sowjetischen Beanspruchung von Souveränität über dieses Stück Land bestand.

Angenommen nun, China besetzte ein Stückchen Kasachstan (gemessen an der Grösse von fast Westeuropa sind ein paar Quadratkilometer in diesem menschenarmen Gebiet nicht soviel, wie sie anderswo wären), so würde es, wenn es auf der Linie der «Ussuri-Argumentation» bleiben wollte, etwa folgende Darstellung geben:

«Die Roten Zaren halten nicht nur an den ungerechten Eroberungen chinesischen Bodens fest, sondern provozieren erst noch an der Grenze unsere Bevölkerung.»

Uebrigens ist es nicht nur das, was Peking bei einer solchen von ihm inszenierten Provokation etwa sagen würde, sondern ungefähr auch das, was es laufend schon gesagt hat. Denn auf dieser Grenze war es schon seit der «Chruschtschewschtschina» laufend zu kleinen (soviel man weiss zivilen) Uebergriffen gekommen. In deren Verlauf haben die Chinesen etwa Grenzsteine nächtlicherweile um ein paar hundert Meter ins sowjetische Territorium hinein versetzt oder einige Hirtenfamilien geheissen, sich auf «ihrem» Territorium niederzulassen.

Und die ganze Zeit über hat sich Peking über diese Dinge nicht etwa ausgeschwiegen, sondern munter den Spieß umgekehrt und fröhlich von sowjetisch provozierten Grenzzwischenfällen gesprochen. Eigentlich müsste man sogar, wenn man streng formalistisch bleiben wollte, angesichts der umgekehrt liegenden sowjetischen und chinesischen Versionen offen lassen, wer eigentlich die Grenze verletzt hatte. Nur liegen, abgesehen von andern Indizien, auch Berichte von westlichen und jugoslawischen Reisenden vor, die auch schon freier durch die UdSSR reisen konnten als heute, welche die sowjetische Version der früheren Zwischenfälle glaubhaft erscheinen lassen.

Nun kann die Diskontinuität der chinesischen Begleitmusik, falls eben China wirklich die Besetzungsaktion in Kasachstan unternommen hat, nicht vergessen machen, dass die Kontinuität der Grenzprovokationen tatsächlich bei China liegt. Doch die Kette der Vorfälle hätte, wenn man das so betrachtet, ein letztes Glied, das weit über die Norm geraten wäre. Zwischen den besseren Lausbubenstreichen von früher und der angeblich militärischen Okkupation von jetzt ist doch ein Unterschied. Und Moskau weiss, dass man allgemein den chinesischen Ursprung der bisherigen Zwischenfälle für erwiesen hält, was sich ausnützen liesse, wenn man an die echte Serie ein falsches Stück anhängte. Und die Fälschung würde sich glaubhafter machen, wenn sich nicht die offizielle Propaganda ihrer Annahme, sondern die westliche Presse, die scheinbar ganz gegen den Willen des Kremls einem «Geheimnis auf die Spur gekommen» wäre.

*

Bleibt die Möglichkeit, dass das alles nicht stimmt und die Chinesen tatsächlich kasachisches Territorium militärisch besetzt hätten. Dann müssten sie aus irgendwelchen Gründen, welche die eigene Verblendung einschliessen können, die Sowjets für ziemlich reaktionsunfähig halten. Das wäre ein Glaube, den schon andere Leute hatten, die eines Besseren belehrt worden sind.

Christian Brügger

das Obligatorium für revolutionäres Schrifttum einmal in unserer ganzen Gesellschaft Wirklichkeit wird.

Uebrigens, fällt mir gerade ein: Wir vom SOI und «ZeitBild» empfinden uns als sehr fortschrittlich und haben nicht die grosskapitale Finanzkraft etwa des TA, um sicher zu sein, die wirtschaftlichen Folgen tragen zu können, wenn wir sagen, was wir wollen. Könnte da der TA-Korrespondent nicht vielleicht zuständigemorts ein gutes Wort einlegen, damit das ZB-Abonnent für die Leute, die es nicht freiwillig übernehmen wollen, obligatorisch wird? Von Haus auf wäre ich eigentlich gegen eine solche Regelung, aber da sie laut M. S. ja offensichtlich richtig wäre...

cb

Im gegebenen Zusammenhang ging es lediglich um die Durchführung der Kulturrevolution in den verschiedenen Gebieten, die der chinesischen Hoheit faktisch unterstehen. Bei jeder Erwähnung Tibets eine Anmerkung zum rechtlichen Sachverhalt zu machen, wäre doch ein bisschen weit gegangen, wenn von etwas ganz anderem die Rede ist.

cb

In Kürze

China gehört zu den noch raren Staaten, die in ihrer Handelsflotte Schiffe mit Atomantrieb haben. Bereits sind zwei Frachter dieser Art gebaut. Laut Angaben des italienischen KP-Organs «Unità» verfügt die «Zan Than» über eine Tragfähigkeit von 20 000 Tonnen und einen Reaktor von 180 Megawatt. Das zweite Schiff, die «Bac Pun», weist bei einer unbekanntenen Tragfähigkeit mit 210 Megawatt eine noch grössere Reaktorleistung auf.

Die beiden chinesischen Atomfrachter gehören zu den grösseren Einheiten der noch relativ kleinen Gruppe von nichtmilitärischen Atomschiffen der Welt. Die höchste Reaktorleistung (270 MW) hat der sowjetische Eisbrecher «Lenin». Die nächststärksten Einheiten sind bereits die beiden erwähnten chinesischen Schiffe, gefolgt von einem noch nicht fertig gebauten japanischen Schiff (80 MW), der amerikanischen «Savannah» (74 MW) und der westdeutschen «Otto Hahn» (34 MW).

*

In Ungarn bestehen laut amtlichen Statistiken 60 Prozent aller Wohnungen aus nur einem Zimmer und 34 Prozent aus zwei Zimmern. Ende

letzten Jahren teilten 750 000 Familien ihre Wohnung mit einer andern. Rund 100 000 Personen lebten in Lagerräumen, Hütten oder Unterkünfter die als unbewohnbar eingestuft waren. An sanitären Einrichtungen besteht ein erheblicher Mangel: Erst Ende 1970 sollen wenigstens 20 (zwanzig) Prozent aller ungarischen Wohnungen Toilette und Bad aufweisen.

In der Tschechoslowakei verfügen ganze 10 (zweölf) Prozent der jungverheirateten Paare über eine eigene Wohnung.

*

In Tirana wurde erst durch die April-Ausgabe der Monatszeitschrift «Nendornj» bekannt, dass in Albanien Alarmzustand geherrscht hatte, als das Land am 13. September letzten Jahres formal seine Mitgliedschaft im Warschauer Pakt aufkündigte. Den Studenten händigte man Waffen aus, und in der Nacht (die Invasion der CSSR hatte ja in der Nacht begonnen) wurde verdunkelt. Bewaffnete Milizeinheiten hielten Flugplatz, Radiostation und Regierungsgebäude besetzt. Die Reservisten waren schon unmittelbar nach der Okkupation der CSSR eingezogen worden. Dar nach wurden paramilitärische Verbände von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren aufgestellt. Mittlerweile werden noch jüngere Kinder in Waffengebrauch unterwiesen.

*

In China ist auch nach dem 9. Parteikongress offenbar noch keine Ruhe eingekehrt. In die Südprominzen Kwangtung und Fukien mussten militärische Verstärkungen geschickt werden, nach dem es zu ganzen Serien von Sabotageakten gekommen war. Der Einsatz regulärer Truppen war insbesondere deshalb nötig, weil sich die lokale Milizeinheiten häufig als unzuverlässig erwiesen hatten.

Briefe

Tibet – chinesisches Gebiet?

Sie schreiben im Artikel «Sinkiang und die Mongolei» (ZB Nr. 10, S. 2): «... Mit Tibet zusammen war Sinkiang das letzte der chinesischen Gebiete, in welchem nach der Kulturrevolution...»

Es ist Ihnen damit ein Fehler unterlaufen. Tibet ist nicht ein Bestandteil Chinas, sondern völkerrechtlich gesehen ein eigener Staat mit Anspruch auf volle Souveränität. Das hat die Internationale Juristenkommission eindeutig festgestellt. Wenn man nun schreibt, Tibet gehöre zu China, dann anerkennt man damit den Ueberfall Chinas mit all seinen Folgen für das tibetische Volk. B.W.